

> Berlin aktuell

Informationen zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

WM und Konjunktur-Hoch stimmen Deutschland positiv:

Sanierungsprozess muss eingeleitet werden, damit es mit unserem Land weiter aufwärts geht!



Jahr— so schwer uns allen in der CDU-Fraktion die Entscheidung auch gefallen ist — unverzichtbar. 2007 muss der Haushalt endlich wieder die Vorgaben der Verfassung und die Maastricht-Kriterien erfüllen.

Weitere wichtige Gesetze sind ebenfalls zum Abschluss gebracht worden: Das Hartz IV Fortentwicklungsgesetz bügelt die größten Fehler der Rot-Grünen Regierung aus und soll die Kostenexplosion in den Kommunen und im Bundeshaushalt eindämmen.

Die ersten Sanierungsmaßnahmen beginnen bereits zu wirken: wir können ein erstes Konjunkturhoch seit Jahren verzeichnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Ein Fahnenmeer aus allen WM-Ländern - aber vor allem deutscher Fahnen - prägte in den vergangenen Wochen das Straßenbild in Berlin. Die Deutschen zeigen Flagge – und das im positivsten Sinne: Die bunte Flut der Fahnen grenzt nicht aus, sondern sie heißt unsere Gäste aus aller Welt willkommen. Es ist schön, dass sich Deutschland mit unserer Mannschaft über die Siege gefreut hat, auch wenn wir nicht Weltmeister geworden sind!

Während unsere Fußball-Nationalelf sich auf dem Rasen abgerackert hat, beschäftigten sich auch die Parlamentarier damit, ein erfolgreiches Reform-Viertelfinale zu absolvieren. Nach einem vollen Arbeitspensum in den vergangenen Wochen vor der Sommerpause haben wir dabei gute Ergebnisse erzielt. Ein ganzes Maßnahmenpaket für mehr Wachstum und Bildung in Deutschland wurde beschlossen. Die schwere Entscheidung für die Föderalismusreform hat gezeigt, dass die Große Koalition handlungsfähig ist und die Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kommunen klar geregelt hat.

Innerhalb eines 3/4 Jahres ist es gelungen, ein gewaltiges Arbeitspensum zu erledigen: an erster Stelle stand hier, den Sanierungsprozess der Staatsfinanzen entscheidend voranzutreiben. Dafür ist eben auch die Mehrwertsteuer-Erhöhung im nächsten

Anders als bisher wird das Wirtschaftswachstum durch eine gestärkte Binnenkonjunktur mitgetragen, so die Forscher des renommierten Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in ihrer vor kurzem veröffentlichten Wachstumsprognose. Und nicht nur das: Die inländische Nachfrage werde 2006 sogar einen stärkeren Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) leisten als der weiter dynamische Außenhandel. Diese durchweg positive Entwicklung hat zur Folge, dass die Arbeitslosenzahlen stark zurückgegangen sind. Wir haben die besten Werte seit 1990 - unter der Regierung Schröder wären angesichts solcher Zahlen Jubelfeiern angeordnet worden.

Doch trotz all dieser positiven Entwicklungen liegen noch schwere Brocken wie die Gesundheitsreform und die Unternehmenssteuerreform vor uns. Die Eckwerte stehen, jetzt geht es an die Detailarbeit.

In der Juliausgabe meiner Broschüre möchte ich Ihnen einen Überblick der in Berlin bearbeiteten Themen geben. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre! Gerne stelle ich Ihnen zu allen angesprochenen Themen ergänzende Unterlagen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Ingbert Liebing, MdB

Schwere Brocken für die Berliner Großkoalitionäre:

Gesundheitsreform und Unternehmenssteuerreform fordern Verhandlungsgeschick der Union

Schwere Verhandlungen beschäftigen CDU und SPD derzeit: Vor allem die Gesundheitsreform stellte alle Beteiligten auf die Probe. Die CDU-Fraktion hat das Ziel verfolgt, einen Systemwechsel einzuleiten. Die wichtigsten Punkte hierbei sind die Entkoppelung der Arbeits- von den Gesundheitskosten. Dabei muss die Finanzgrundlage der gesetzlichen Krankenkassen aber gesichert bleiben, gleichzeitig aber auch mehr Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Kassen verbunden mit mehr Gestaltungsspielraum, erreicht werden.

Wichtig ist, dass die Bürger erkennen, was ihre Behandlung im Einzelnen gekostet hat. Hierdurch und durch andere Maßnahmen wie die Selbstbeteiligung an den Kosten, wollen wir die Selbstverantwortung des Einzelnen stärken. Die individuellen Entscheidungsfreiräume des Einzelnen, die sich in einem pluralen Versicherungssystem ausdrücken, wollen wir erhalten. Ebenso wie die freie Arzt- und Kassenwahl wollen wir auch Planungssicherheit durch leistungsgerechte Vergütung erreichen.

Mit dem erzielten Kompromiss wollen wir ab 2008 in ein Fondsmodell einsteigen. Die darin festgeschriebene Abkopplung der Ge-

sundheits- von den Arbeitskosten verhindert weitere Beitragserhöhungen. Ein großer Erfolg der Union ist die Abwendung der SPD-Bürgerversicherung, die Verhinderung weiterer Steuererhöhungen und der Erhalt der Privaten Krankenversicherungen (PKV). Kein einziges Element für die direkte oder indirekte Einführung der Bürgerversicherung (Anhebung der Versicherungspflicht- und/oder der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung; Verbreiterung der Beitragsbemessungsrundlage, Zahlung eines Solidarbeitrages der PKV, Einbeziehung der PKV in den Fonds) wurde realisiert.

Unternehmenssteuerreform entlastet
Die Große Koalition will den Wirtschaftsstandort Deutschland festigen. Dafür brauchen wir die Unternehmenssteuerreform, die für Wettbewerbsfähigkeit deutscher Kapitalgesellschaften sorgt, Investitionsanreize für Personenernehmen verstärkt und die Abwanderung von Kapital stoppt.

Die Besteuerung der Unternehmen erfolgt durch eine föderale und kommunale Unternehmenssteuer, welche die bisherige Gewerbesteuer ersetzt. Die Gewichtung von föderalen und kommunalen Steuern muss noch im Detail ausgearbeitet werden. Entscheidend ist jedoch, dass die Kommunen über ein

eigenes Hebesatzrecht verfügen und die Gesamtbelastung der Unternehmen auf unter 30 Prozent sinkt. Die Koalition beabsichtigt die Einführung erbsteuerlicher Erleichterungen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass die Unternehmensnachfolge erleichtert werden soll. Geplant ist aber auch, diese Privilegierung mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen zu knüpfen. Die Koalition beabsichtigt ebenfalls als Ersatz für die Kapitalertragssteuer, die Einführung einer Abgeltungssteuer als Beitrag zur Steuervereinfachung. Weitere Ziele der Unternehmenssteuerreform sind die Sicherung der Investitionskraft der Kommunen – auf sie entfallen 60 Prozent der öffentlichen Investitionen, davon profitiert in erster Linie der arbeitsintensive deutsche Mittelstand. Wichtig ist, dass bei der Ausführung der Neuerungen keine hohen bürokratischen Bürden auferlegt werden. Die Unternehmenssteuerreform verzichtet bewusst auf eine Gesamtrevision des Steuersystems. Die damit verbundenen unkalkulierbaren Kosten sollen vermieden werden und stattdessen in ihren Auswirkungen überschaubare Schritte unternommen werden, wie sie die Bundeskanzlerin in ihrer Regie-



Ingbert Liebing begleitete im Juni als einer von zwei CDU-Abgeordneten bei einer sechstägigen Nahost-Delegationsreise Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Dabei traf er den früheren israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres (Bildmitte). Während der Besuche in Israel, Jordanien und Ägypten wurde vor allem über Themen rund um den Umweltschutz diskutiert. Besichtigt wurden außerdem Projekte für Erneuerbare Energien.

Neuer Notschlepper

Jetzt ist es offiziell: der Deutsche Bundestag hat einstimmig dem Antrag der Regierungskoalition von CDU und SPD zugestimmt, das Ausschreibungskonzept für einen neuen Notschlepper in der Deutschen Bucht zu überarbeiten. Die Schleppleistung soll auf 200 Tonnen Pfahlzug erhöht und die Geschwindigkeit auf 19,5 Knoten gesteigert werden. Auch die Ausrüstung mit einem vollständigen Gas- und Explosionsschutz ist Gegenstand des Bundestagsbeschlusses. Mit ihrem Antrag hatten sich die Abgeordneten gegen die Verwaltung innerhalb des zuständigen Bundesverkehrsministeriums durchgesetzt, die insbesondere einen Gas- und Explosionsschutz hatten verhindern wollen. Damit wäre jedoch ein Schiff bestellt worden, das nicht den heutigen technischen Standards entspricht. Immerhin sind die Mehrzweckschiffe des Bundes selbst mit derartigen Schutzvorrichtungen ausgestattet.

Kompromiss für die CDU beim Gleichbehandlungs-Gesetz: Rot-Grüner Entwurf durch Unions-Handschrift zum Vorteil geändert

Ursprünglich kein CDU-Gesetz, ist es nun gelungen, das damals von Rot-Grün ausgearbeitete Antidiskriminierungsgesetz, jetzt Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), wesentlich zu ändern. Die Änderungen betreffen das Klagerecht der Gewerkschaften, die Beweislast bei Diskriminierungen, Fristen zur Geltendmachung von Ansprüchen und Ausnahmen bei der Vermietung von Wohnraum.

Dabei hatten Teile der CDU selbst, zum Beispiel die Seniorenunion, darauf gedrängt, weitere Aspekte mit in den Gesetzentwurf hinein zu nehmen (Zum Beispiel zum Thema Alter). Ein wesentlicher Streitpunkt des AGG, die Erstreckung auf private Vermieter, ist nun praktisch ausgeschlossen, nur bei Vermietung von mehr als 50 Wohnungen gilt das Gesetz. Eine weitere wichtige von der Union durchgesetzte Änderung betrifft das Klagerecht der Gewerkschaften, welches abgeschafft wurde und damit die Macht der Gewerkschaften begrenzt.

Eine Neuerung gibt es auch bei der Beweislastregelung: zum Nachweis einer Diskriminierung reicht es demnach nicht aus, nur reine Vermutungen zu äußern, sondern es muss eine Benachteiligung bewiesen werden. Der Bereich des Kündigungsschutzes wird vom Anwendungsbereich des AGG ausgenommen. Mit den Änderungen werden überflüssige Belastungen für die Wirtschaft und Gesellschaft teilweise verhindert. Trotzdem wird aus dem für die Union schwierigen Gesetz damit noch kein gutes Gesetz, denn die CDU alleine könnte die EU-Richtlinie, die von der ehemaligen Rot-Grünen Regierung geprägt wurde, nicht aushebeln.

Fortentwicklung von Hartz IV

Noch nie wurde so viel Geld in der Bundesrepublik für Sozialleistungen ausgegeben wie heute. In der Öffentlichkeit allerdings steht Hartz IV als Armutsprogramm dar. Dabei hat dieses Gesetz zu einer Kostenexplosion geführt, die nun eingedämmt werden muss. Die Rot-Grüne Regierung hatte damals bei vielen Punkten nicht gut gearbeitet, daher gibt es nun ein Fortentwicklungsgesetz. Am 1.6.2006 hat der Bundestag in 2/3. Lesung das Sozialgesetzbuches (SGB) II Fortentwicklungsgesetz verabschiedet. Am 7.7.2006 soll der Bundesrat über das zustimmungspflichtige Gesetz entscheiden. Das Gesetz enthält Regelungen zur Fortentwicklung des Leistungsrechts im SGB II, Verbesserung der Verwaltungs-



Zu einem Meinungsaustausch mit der Bundeskanzlerin traf sich die Parlamentariergruppe der neu gewählten Unionsabgeordneten, mitten drin Ingbert Liebing, der die Interessen Nordfrieslands und Dithmarschen-Nords vertritt. Es ging vorrangig darum, im kleinen Kreis von der Bundeskanzlerin aus erster Hand Informationen zu bekommen und einige Punkte vertraulich anzusprechen. Der Gruppe gehören 32 Abgeordnete aus fast allen Bundesländern und zahlreichen Fachausschüssen an. Auch konnten die in den zurückliegenden sieben Monaten gesammelten Erfahrungen eingebracht werden. Der Termin gab die Gelegenheit, mit der Bundeskanzlerin abseits der politischen Tagesfragen grundsätzliche Themen zu besprechen.

beitslosengeld II mit befristetem Zuschlag und Kinderzuschlag. Besonders wichtig ist die Vermeidung von Leistungsmissbrauch: wer jetzt dreimal ein Jobangebot ablehnt, erhält künftig keine Leistungen mehr. Vor dem Hintergrund der Kostenexplosion durch den Anstieg der Bedarfsgemeinschaften um 20 Prozent von 3,3 Millionen auf 4 Millionen ist es immens wichtig, die Kosten künftig weiter zu reduzieren.

Föderalismusreform jetzt beschlossen

Mit 2/3 Mehrheit ist ein weiteres politisches Großprojekt endlich beschlossen worden: die lang geplante Föderalismusreform konnte nun erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Viele Bedenken stellten sich von Seiten der SPD dieser Reform in den Weg – aber wer außer einer Großen Koalition hätte ein derartiges Projekt durchsetzen können? Statt dessen haben wir nun klare Kompetenzabgrenzungen erreicht: halb so viele Gesetze sind jetzt Zustimmungspflichtig und der Bundestag ist nicht mehr so abhängig vom Bundesrat.

Bundeskanzlerin Merkel hat es in ihrer Rede treffend auf den Punkt gebracht: „Profitieren werden die Kommunen.“ Dies bedeutet vor allem, dass durch Bundesgesetz Gemeinden – wie durch rot-grün praktiziert – kostenintensive Aufgaben nicht direkt übertragen werden dürfen.

Jetzt in unserem Parlament beschlossen - neue Gesetze im Überblick Weniger Bürokratie, mehr Information und neue Finanzpolitik

Steueränderungsgesetz 2007:

Unter dem Motto „Sanieren - Investieren - Reformieren“ verfolgen wir mit der Bundesregierung ein finanz- und steuerpolitisches Gesamtkonzept, das darauf abzielt, die zurzeit desolante Haushaltslage zu bewältigen und die Weichen für eine dauerhaft tragfähige Finanzpolitik zu stellen. Mit dem jetzt beschlossenen Steueränderungsgesetz werden die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt. Zu den Veränderungen zählen die Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer, die Absenkung der Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld sowie die Reduzierung der Pendlerpauschale und des Sparer-Freibetrages.

Verbraucherinformationsgesetz:

Das „Gesetz zur Neuregelung des Rechts auf Verbraucherinformation“ soll den Verbrauchern Zugang zu den vorhandenen Informationen bei Behörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden im Anwendungsbereich des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzes sowie des Weingesetzes eröffnen. Außerdem werden die Voraussetzungen erweitert, unter denen Behörden die Öffentlichkeit über marktrelevante Vorkommnisse informieren können. Die Auskunftspflicht besteht allerdings nur für Behörden und nicht für Unternehmen. Hintergrund für das Gesetz sind die Lebensmittelskandale der letzten Zeit, beispielsweise um das so genannte „Gammelfleisch“. Jetzt

erhalten wir ein schlankes Verbraucherinformationsgesetz, das dem Leitbild des mündigen Verbrauchers gerecht wird.

Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen:

Zur Umsetzung der Energiesteuerrichtlinie (2003/96 EG) ist eine gesetzliche Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen erforderlich. Gleichzeitig wird das Mineralölsteuergesetz durch ein neues Energiesteuergesetz abgelöst. Zu den Biokraftstoffen hat die CDU eine längere steuerliche Begünstigungsfrist ausgehandelt. Jetzt soll ein der Einstieg in die Besteuerung schrittweise erfolgen. Die SPD hatte auf die Besteuerung bereits ab 2007 mit dem vollen Satz von 47 Cent pro Liter gedrängt.

Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse im Mittelstand:

Bürokratie und Überregulierung binden insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen sowie bei Existenzgründern in nicht mehr vertretbarem Umfang betriebliche Ressourcen, behindern so deren Dynamik und Leistungsfähigkeit und lähmen insgesamt die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Darum schaffen wir in verschiedenen Rechtsbereichen unnötige Vorschriften ab und reduzieren bestehende Regelungen und gesetzliche Anforderungen verantwortungsbewusst auf ein Mindestmaß.

Bundeshaushalt 2006 beschlossen

Den Abschluss der Beratungen über den Bundeshaushalt 2006 prägten Reformdebatten. Im Sinne unserer Kinder müssen wir, wie Angela Merkel sagt, den „Sanierungsfall Deutschland“ auf den Weg zum Sanierungsprozess bringen. Die Überschuldung kann nur schrittweise gelöst werden. Dafür ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer 2007 ein nötiger Schritt. Zur Wiederbelebung der Wirtschaft sind auch ein Wachstumspaket für Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur, die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, der Abbau von Bürokratie sowie die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters wegweisend. Zur Stärkung besonders zukunftsträchtiger Bereiche investiert der Bund bis 2009 rund 25 Milliarden Euro, um Wachstumsimpulse zu setzen. Davon werden in diesem Haushaltsjahr 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Außerdem enthält der Haushalt 2006 steigende Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Die Verbesserung der Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen, wie durch die Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen in Privathaushalten, das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und die Förderung der Privathaushalte als Arbeitgeber im Zusammenhang mit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie das Elterngeld sind Maßnahmen, die uns weiter nach vorne bringen.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 71 173
☎ (030) 227 – 76 142
✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel und Antonia Schabel

Wahlkreisbüro Nordfriesland
Hannes Fuhrig, Sandra Hansen
Heckenweg 1
25813 Husum
☎ (04841) 23 28
☎ (04841) 800 180
✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord
Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide
☎ (0481) 34 06
☎ (0481) 53 82
✉ service@cdu-dithmarschen.de

